„von der Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat“, das er in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts vor dem Hintergrund der Sklaverei und des Amerikanisch-Mexikanischen Krieges schrieb.
Thoreau, welcher eine (kurze) Gefängnisstrafe auf sich nahm, weil er sich weigerte die Wahlsteuer zu bezahlen, weil er mit der Steuer nicht Krieg und Sklaverei unterstützen wollte (aber die Straßensteuer gerne zahlte), geht es in seiner Theorie viel um die Verantwortlichkeit der Menschen für das eigene Handeln und gegen das Verstecken hinter den Gesetzen, die eine_n dazu bringen. Er sieht keine Pflicht darin, Widerstand gegen Unrecht zu leisten, aber eine Pflicht darin, Unrecht nicht mit dem eigenen Handeln zu unterstützen. Daraus ergibt sich seine „Pflicht zum Ungehorsam gegenüber dem Staat“ in den Fällen, in denen der Staat Menschen per Gesetz nötigt „unmoralisch“ zu handeln, oder „unmoralische“ Dinge zu unterstützen.
Sein Verhältnis zum Staat ist dabei zwar ambivalent, aber letztlich doch klar positiv. So beginnt er gleich auf den ersten Seiten mit „Ich habe mir den Wahlspruch zu eigen gemacht: ‚Die beste Regierung ist die, welche am wenigsten regiert‘; …‚Die beste Regierung ist die, welche gar nicht regiert‘; und wenn die Menschen einmal reif dafür sein werden, wird dies die Form ihrer Regierung sein“, um sich nur eine Seite später selber zu widersprechen „Ich will sachlich reden, und nicht wie die Leute, die sich überhaupt gegen jede Regierung erklären. Ich sage nicht: von jetzt an keine Regierung mehr, sondern von jetzt an eine bessere Regierung.“
Letztlich ist Thoureaus Ziel ein „guter Staat“, der seinen Bürger_innen Freiheiten lässt und -Engagement als Bereicherung ansieht, anstatt es zu bekämpfen. Somit trifft er eine auch heute – durch S 21 – topaktuelle Diskussion und ist voll auf einer Linie mit Geißler und Palmer, welche ja auch ständig Bürgerbeteiligung fordern. Wobei mensch Thoreau dabei 2 Dinge zugute halten muss: Erstens war es ihm wohl ernster um die Bürger_innenbeteiligung und den Staat sah er eher als ein Forum mit der Aufgabe diese zu ermöglichen. Mit einer Mogelpackung der Stuttgarter Variante hätte er sich vermutlich nicht zufrieden gegeben. Und zweitens will T. einen Staat, der es akzeptiert, wenn Menschen ihn nicht akzeptieren, sich ihm nicht unterwerfen und sich außerhalb von ihm organisieren. Zu Ende gedacht wäre das dann ein Staat auf Freiwilligkeit, der keine Exekutive benötigen würde. Denn wenn eine Unterwerfung unter den Staat freiwillig wäre, dürfte es keine Polizei geben, die versucht die Gesetze durchzusetzen.

Ist ziviler Ungehorsam reformistisch? Eine Begriffsklärung

In der Praxis ist es dann auch schwer die Einteilung vorzunehmen, dass Strategien des zivilen Ungehorsams per se reformistisch seien. So gibt es beispielsweise die gewaltfrei-anarchistischen Strömungen, die den Begriff für sich benutzen.
Ich halte es aber für wichtig diese Einteilung theoretisch vorzunehmen, wenn der Begriff mehr sein soll, als ein positiv besetzter Brei verschiedenster Zutaten um dessen Definitionshoheit mensch sich dann streitet. Wie oben bereits erwähnt, kann es kein emanzipatorisches Argument dafür geben, Bedingungen festzulegen, die Ungehorsam legitimieren. Was nicht heißt, dass es nicht sinnvoll sein kann Differenzierungen vorzunehmen. So könnte sich beispielsweise ein „aufständischer Ungehorsam“ von einem zufälligen, oder „verbessernden“ Ungehorsam abgrenzen.
Nehmen wir nun aber eine Begriffsklärung vor, und gehen dem Wort „zivil“ nach, das anscheinend notwendig ist um den Ungehorsam legitim zu verweigern. Wer denkt, „zivil“ würde so etwas wie „friedlich“ bedeuten oder „nicht militärisch“, wird wohl überrascht sein, wenn er_sie im Wörterbuch entdeckt, dass es aus dem Lateinischen übersetzt nichts weiter heißt als „bürgerlich“. Rein vom Begriff her soll ein Ungehorsam also nur dann legitim sein, wenn seine Motivation eine bürgerliche ist. Um diesen Begriff wiederum zu klären: Wikipedia zu Bürgertum: „Das Bürgertum ist die geschichtlich unterscheidbare Vergesellschaftungsform von Mittelschichten, sofern sie auf Grund besonderer, mehr oder minder gemeinsamer Interessenlagen ähnliche handlungsleitende Wertorientierungen und soziale Ordnungsvorstellungen ausbilden.“
Wenn mittelständische Interessen es also sind, die für legitimen Widerstand notwendig sind, dann wird auch klar, warum Gewaltlosigkeit und die sonstige Einhaltung von Gesetzen einen so hohen Stellenwert in den meisten Strömungen des zivilen Ungehorsams einnimmt. Denn zu den mittelständischen Interessen zählen eben nur nebensächlich, und nur manchmal, eine antirassistische, offene Gesellschaft, eine erhaltene Umwelt, und so weiter. Aber ganz grundlegend gehört dazu die herrschende Gesellschaftsordnung für die Aufrechterhaltung ihrer Geschäftsgarantien.

Es wird also kein vorurteilsfreier Blick auf die Gewalttätigkeiten dieser Welt gerichtet, der beispielsweise noch fähig wäre, die strukturelle Gewalt der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die daraus hervorgehenden täglichen, tausenden Hungertoten als ein Übel zu erkennen, das es unter allen Umständen zu überwinden gilt, und splitternde Fensterscheiben als kläglichen Versuch dieser Überwindung. Stattdessen werden die institutionalisierten Gewaltverhältnisse (von

Rezension: „Radikaler Protest“

(jb) Im Buch werden nicht die Protestbewegungen selbst untersucht, sondern die Forschung zu Protestbewegungen – ein Buch zur Metaebene also. Dabei zeigt sich, dass in den Forschungsansätzen selbst politische Prämissen enthalten sind, die die Ergebnisse beeinflussen. Ebenso zeigen die Beispiele und Analysen von Forschungsarbeiten aber dennoch etliches über Bewegungen und die Motivation der in ihnen Aktiven. Neben weit verbreiteten Auffassungen wie dem Hang zur Selbstbestätigung oder „ritualgestützte Glückserfahrung“ wird auch der Beitrag von Protestforschung zur Normalisierung von Protestformen untersucht. Eine wichtige und brisante Betrachtungsweise, denn unübersehbar ziehen fast alle neu aufkommenden Bewegungen im Laufe der Zeit Richtung Durchschnitt, Anpassung an die Vorgaben von Medien, Geldgebern und Gesetzen.

- Andreas Pettenkofer, *Radikaler Protest*
- 2010, Campus in Frankfurt
- 301 Seiten